

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 20 (2013)
Heft: 224

Artikel: Mit dem Zweihänder : das dritte Sparpaket des Kantons St. Gallen
Autor: Surber, Peter / Hornung, René / Kneubühler, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-884467>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

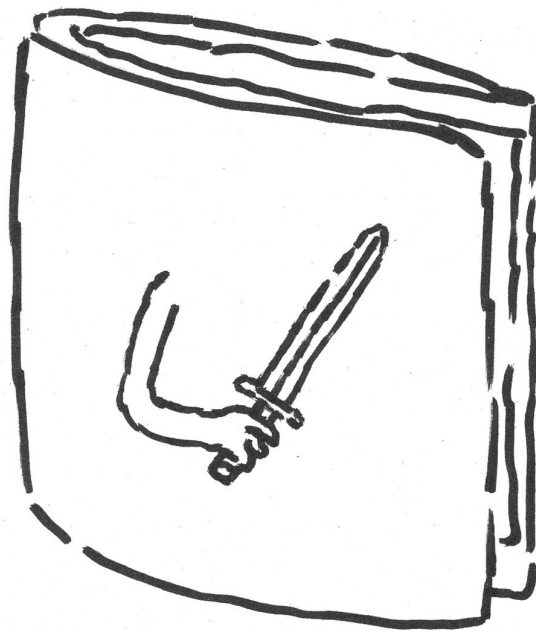
Mit dem Zweihänder:

Das dritte Sparpaket des Kantons St.Gallen

Texte: Peter Surber, René Hornung und

Andreas Kneubühler, Illustration Beni Bischof

Mortponnaie



Man könnte einen Rap draus machen. Sparpaket I 100 Millionen, Sparpaket II 200 Millionen, Sparpaket III 164 Millionen, weg mit den Millionen! Allerdings müsste man gratis rappen, denn mit dem jüngsten Sparpaket werden die Beitragskriterien für Kulturprojekte «deutlich verschärft», wer weiss, was da dann noch beitragswürdig bleibt. Rappen spalten statt rappen.

Man könnte auch Listen machen. Listen sind immer aufschlussreich. Hier nur die Kulturliste.

Wer	Sparpaket II, Juni 2012	Sparpaket III, Juni 2013
Vadiana	Kürzung der Medienkredite Fr. 100'000 (jährlich)	Kürzung der allgemeinen Mittel Fr. 400'000 (jährlich)
Staatsarchiv	Verzicht auf Digitalisierung Fr. 400'000 (jährlich)	Abbau von Leistungen Fr. 100'000 (jährlich)
Denkmalpflege	10-Prozent-Kürzung der Beiträge Fr. 120'000 (-340'000 jährlich)	Verzicht auf «lokale» Beiträge Fr. 840'000 (bis 2016)
Amt für Kultur	Reduktion Projektbeiträge Fr. 50'000	diverse Streichungen Fr. 430'000
	Keine Krediterhöhung Klangwelt Fr. 250'000	Kreditkürzung Klangwelt Fr. 100'000
	Einfrierung Förderkredit	Kredithalbierung Kunst Lokremise Fr. 290'000

Berücksichtigt man ein paar Unschärfen, die aus der Verteilung der Sparübung über die Jahre resultieren, so bedeuten die Sparpakete II und III insgesamt einen Kulturabbau von rund 4,3 Millionen Franken und teilweise die Verlagerung aus der ordentlichen Rechnung in den Lotteriefonds – wo dann wieder Geld für aktuelle Projekte fehlt.

Man könnte jammern: Kultur ist Standortförderung par excellence, lässt die Sparfinger davon! Man könnte die Institutionen gegeneinander ausspielen: der Vadiana ein paar Franken mehr, dem Theater ein paar Hunderttausender weniger, Denkmalpflege gegen Klangwelt gegen Kunstzone. Es kann einen fürchten vor dem Gerangel an der Sondersession vom 24./25. Juni im Kantonsrat: Regionsvertreter werden aufstehen, gegen dies, gegen das. Man wird neue geniale Spar-Einfälle präsentieren. Und alle werden gegen mehr Blechpolizisten sein. Es werden dieselben Parlamentarier sein, die zuvor der Regierung den Sparbefehl gegeben haben. Es wird ein Trauerspiel sein.

Oder: Man kann sich wehren. Für einen kulturell vitalen, für einen bildungsfreundlichen, für einen sozialen Kanton. Für mehr Steuereinnahmen und gegen die erbärmliche Sparerei. Man kann hoffen, dass sich die Verfechterinnen und Verfechter eines aufgeschlossenen, verantwortungsbewussten Bürgerstaats zusammentun – eine ausserparlamentarische Opposition gegen die Vertreter des rappenspalenden Schmörzelstaates.

Auf den folgenden Seiten geben wir eine Übersicht über die neuste kantonale Sparrunde und stellen den Bildungsabbau zur Diskussion, an zwei Beispielen: der Pädagogischen Hochschule und der Stipendienkürzungen.

Peter Surber

Lieferschein

LS6

GARE DE LION

Highlights Juni 2013

SA 01 TRASHDISCO!

Die Electronuravetrashparty! Diesmal mit den LOCO SLICKERS und den GAMMABLITZBOYS. Nochmals Vollgas vor der Sommerpause!

DO 06 GareTango

Der beliebte Tanzabend für alle Fans des Tangos und solche, die es werden wollen. Eintritt frei!

FR 07 Chef'Special (NL)

Chef'Special sind die niederländische Antwort auf The Roots. Ein Feuerwerk aus Soul, Funk, Rap und Rock!

SA 08 Saisonschluss

Das letzte Mal grosse Sause vor der Sommerpause. Eintritt frei!

Gare de Lion am rockamweier:
Samstag 15. Juni 2013

Immer aktuell: der vollständige
Fahrplan auf www.garedelion.ch

MONICA GERMANN SASKIA EDENS

& DANIEL LORENZI

16.5. – 4.7.2013

Do · 6. Juni · 19 Uhr
Hinter der Bar
Birgit Widmer: Gruss aus der Ferne

Do · 13. Juni · 19 Uhr
Hinter der Bar
Selina Buess: *Video I sit on my bed watching the tree*

Do · 20. Juni · 19 Uhr
Hinter der Bar
Kunstgiesserei St. Gallen

Do · 27. Juni · 19 Uhr
Vulkano Bar. Super 8 Film 1992 mit Roman Signer auf Stromboli von Stefan Rohner. Lavaströme am Kilauea, Video 2006 von Martina Weber

Do · 4. Juli · 19 Uhr
Finissage. Alchemistische Performance von Saskia Edens und Mathieu Sylvestre, Bar und Elektro Sound

ÖFFNUNGSZEITEN

JEDEN DONNERSTAG 19–22 UHR
JEDEN DIENSTAG 12–16 UHR
SEKRETARIAT VISARTE. OST:
071 220 83 50

ADRESSE

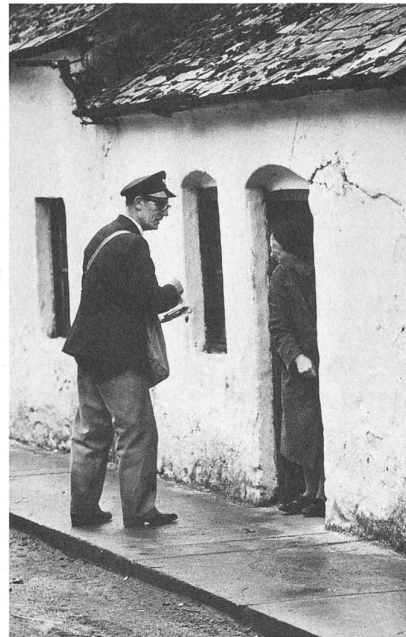
BLUMENBERGPLATZ 3, ST. GALLEN

WEITERE VERANSTALTUNGEN

WWW.NEXTEX.CH

NEXTEX

Saiten



bringt jeden
Monat Kultur
in Ihren Brief-
kasten. Jetzt
für 70 Franken
bestellen und
bis Ende 2014
profitieren!

*bestellen(at)
saiten.ch*

Rappen spalten statt Zukunft gestalten

Im Jahresrhythmus paukt die bürgerliche Mehrheit im St.Galler Kantonsparlament Sparübungen durch – jetzt im Juni folgt das sogenannte Entlastungspaket III. Es greift Kultur, Bildung und Soziales an. von René Hornung

Nach einem halben Jahr Vorarbeit, Hunderten von Arbeitsstunden und einem in Franken nicht bezifferbaren Riesenaufwand liegt das dritte St.Galler Abbaupaket in Folge vor. Es bringt 66 Einzelvorschläge und listet fast dreissig weitere Positionen auf, die die Regierung zwar diskutiert, dann aber verworfen hat.

Lok, Klangwelt, Vadiana ...

Den Schwächsten geht es am heftigsten an den Kragen und dazu gehören die Kultur, Gesundheit und Behinderte. Das Kulturförderbudget wird um insgesamt 820'000 Franken heruntergefahren, und im Amt für Kultur werden 2,7 Stellen gekürzt. Am ärgsten trifft es die Kunstzone in der Lokremise St.Gallen. Ihr Budget von heute 580'000 Franken pro Jahr wird glatt halbiert. Das gefährdet die Zusammenarbeit mit dem Kunstmuseum, stellt die Regierung selber fest. Klangwelt Toggenburg muss mit 100'000 Franken weniger pro Jahr auskommen, und generell werden die Beitragskriterien für Kulturprojekte «deutlich verschärft». 90'000 Franken weniger stehen für Ankäufe für die Kunstsammlung zur Verfügung, und sogar die Atelier-Wohnung in Rom wird aufgegeben – was weitere 50'000 Franken sparen soll.

Alle reden von der künftigen Publikumsbibliothek, doch auch die Vadiana muss zwei Stellen abbauen. Das Bibliotheksangebot sei schon heute ungenügend und unterdurchschnittlich, jetzt werde die Situation noch schlechter, stellt auch hier die Regierung selber fest. Gefährdet ist dadurch der Vertrag mit der Stiftung Deutsches Bucharchiv in München, denn das St.Galler Zentrum für das Buch kann die Versprechen mit nur noch einer halben Stelle nicht mehr erfüllen. Ein weiterer «Kulturkiller» ist die Abschaffung der Denkmalpflege-Beiträge für lokale Objekte. Weil noch immer vollständige Denkmal-Inventare im Kanton fehlen, bestehe die Gefahr, dass wertvolles Kulturgut verloren geht, sagt auch hier die Regierung und weist darauf hin, dass schon in den beiden vorhergehenden Sparpaketen in diesen Bereichen abgebaut wurde.

Es gibt kaum Zweifel, dass diese Kulturbeiträge auf Jahre hinaus verloren sein werden. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die bürgerlichen Hardliner noch mehr streichen wollen, denn unter den sogenannten Ersatzmassnahmen, die die Regierung zwar auflistet, aber

nicht einführen will, findet sich auch ein Sparvorschlag von insgesamt 400'000 Franken bei Konzert und Theater St.Gallen. Weil das Theater auch keine Migros-Kulturprozent-Gelder mehr bekommt (minus 300'000 Franken) und die Sanierung der Pensionskasse weitere rund 400'000 Franken pro Jahr kosten wird, wäre dies ein massiver Abbau im Kulturangebot.

Ungesund für die Spitäler

Noch stärker geschröpft wird das Bildungswesen. Die Universität und die Fachhochschulen bekommen markant weniger Geld, die Unterrichtsqualität wird sinken. Zwei Wirtschaftsmittelschulen werden geschlossen, und die Brückenangebote für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, müssen neu die Gemeinden finanzieren. Wie viele Klassen dann noch geführt werden, ist offen. Mehr zum Bildungsabbau in den nachstehenden Beiträgen.

Das Sparpaket hat aber auch gravierende Folgen im Gesundheitsbereich: Die Spitäler werden jährlich 21 Millionen weniger aus der Kantonskasse bekommen – ohne Personalabbau werde das nicht gehen, sagen die Fachleute. Die eh schon tiefen Krankenkassen-Prämienverbilligungen werden nochmals reduziert. Die Institutionen, die erwachsene Behinderte betreuen, müssen bis zu sieben Stellen streichen. Die Mietzuschüsse in den Ergänzungsleistungen werden gestrichen, und wer pflegebedürftig wird, muss noch vorhandenes Vermögen rascher aufbrauchen.

Nur ganz wenige Vorschläge sollen höhere Einnahmen bringen: vierzehn zusätzliche Steuersekretäre sollen dafür sorgen, dass mehr Steuererklärungen geprüft werden. Jede Stelle bringe das Dreifache ihrer Kosten, weiss die Regierung aus Erfahrungen in anderen Kantonen. Für Unternehmen soll eine bescheidene Minimalsteuer eingeführt werden. Die Motorfahrzeugsteuer soll erstmals seit 1978 um ein paar Franken heraufgesetzt werden. Und dann der Stein den Anstosses für die Schnellfahrer: Fünf zusätzliche «Blechpolizisten» werden mehr Bussenerträge generieren.

FDP, SVP und CVP protestierten bereits lauthals gegen die Mehreinnahmen. Man habe Einsparungen verlangt. Diese Haltung könnte allerdings zum politischen Bumerang werden, denn wer sich gegen Geschwindigkeitskontrollen und gegen eine Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen wehrt, kommt in den Ruf, Gesetze nicht einhalten zu wollen.

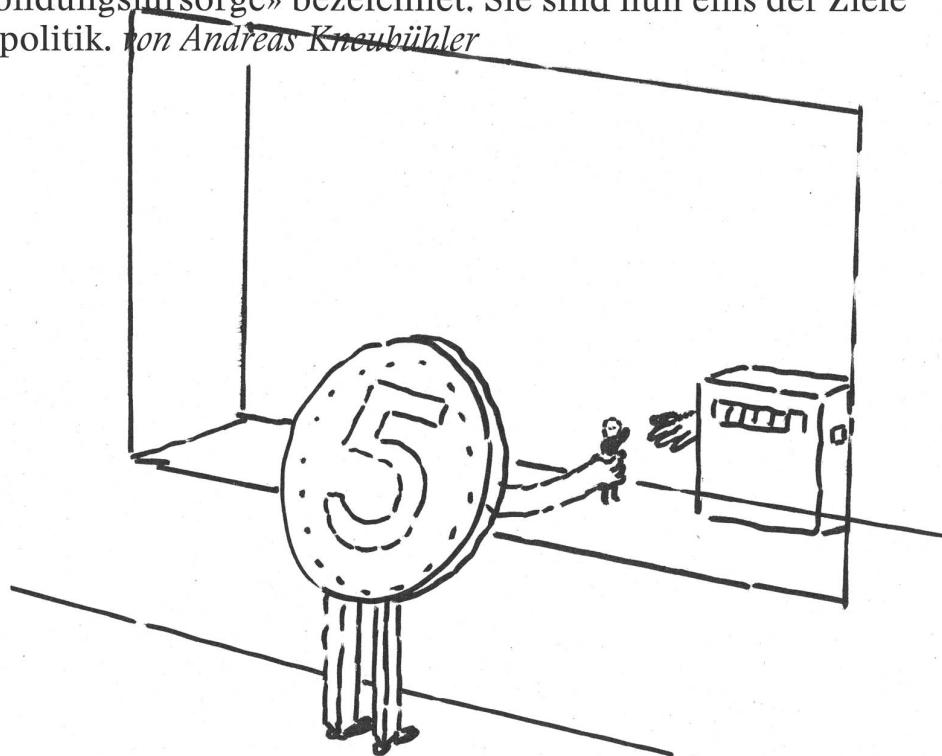
Drehen am Drei-Prozent-Schraubchen

Ob all dem Spar-Hickhack ist vergessen gegangen, dass der Kanton zwar in den letzten Jahren von Reserven gezehrt hat, aber noch immer Vermögen und keinen einzigen Franken Schulden hat. Und es geht um die Proportionen: Bei der 150 Millionen Franken-Sparübung handelt es sich um drei Prozent des 5-Milliarden-Kantonshaushaltes. Da stellt sich die Frage: Wie genau kann ein Kanton eigentlich budgetieren? Doch hinter dem jüngsten Sparpaket steckt politische Absicht. So bald als möglich soll eine nächste Steuersenkungsrunde möglich werden. Sobald wieder 200 Millionen Franken Reserven angehäuft sind, ist das im Kanton St.Gallen rechtlich möglich. Das wird in drei, vier Jahren der Fall sein. Kommt dann die nächste Abbaurunde, weil dann noch mehr Steuererträge fehlen?

«Höhere Studiengelder – tiefere Stipendien»

Das St.Galler Bildungsdepartement hat Stipendien auch schon als «Ausbildungsfürsorge» bezeichnet. Sie sind nun eins der Ziele der Sparpolitik. *von Andreas Kneubühler*

geld gibt Mensch aus.



Es ist wie ein Zangenangriff: Mit dem zweiten Sparpaket wurden im Kanton St.Gallen die Studiengebühren für Universität und Fachhochschulen derart stark erhöht, dass die Ausbildungen neu zu den teuersten der Schweiz gehören. Nun folgt das dritte Sparpaket, und es wird spürbare Kürzungen bei den Stipendien bringen. Das heisst: Unter dem Strich werden Studierende aus dem Kanton St.Gallen doppelt bestraft. Sie zahlen markant mehr Gebühren – und erhalten deutlich weniger Beiträge.

Ja ja nein nein

Die Massnahme ist ein weiteres Kapitel in einem bereits mehrjährigen Trauerspiel. Seit 2008 wird im Kanton St.Gallen darüber debattiert, ob man einem interkantonalen Konkordat beitreten soll, das die unterschiedlichen Stipendienleistungen sanft harmonisieren würde. Fast alle Kantone kündigten damals an, sich beteiligen zu wollen. Fast alle: Appenzell Innerrhoden und St.Gallen waren als einzige dagegen. Der Grund? Natürlich das Geld. Die Anpassungen an die vorgesehenen Mindestleistungen hätten St.Gallen elf Millionen Franken gekostet. Das Bildungsdepartement bezeichnete bei der Gelegenheit Stipendien, wie sie das Konkordat vorsah, als «Ausbildungsfürsorge».

Im November 2008 erklärte SVP-Regierungsrat Stefan Kölliker, dass man allenfalls doch beitreten werde, falls die elternunabhängige Stipendienbemessung für fakultativ erklärt werde. Diese war der Grund für die Mehrkosten. Die St.Galler Extrawurst wurde sogar bewilligt. Damit schienen alle Hindernisse ausgeräumt. Und in der übrigen Schweiz stimmte ein Kanton nach dem anderen dem Konkordat zu. In St.Gallen lief gar nichts. Im Januar

2012 gab Kölliker bekannt: Man wolle von einem Beitritt nun doch absehen. Als Grund nannte er erneut finanzielle Mehrbelastungen.

Nun wurde es dem Kantonsrat zu bunt. Die Kommission für Aussenbeziehungen setzte Druck auf und verlangte den Beitritt. Zu rechnen sei mit Mehrkosten von jährlich 650'000 Franken, dies sei vertretbar. Die Regierung musste nachgeben. Sie schlug aber einen «kostenneutralen» Beitritt vor: Leistungen, bei denen St.Gallen grosszügiger ist als andere Kantone, sollten gekürzt werden. Betroffen sind die Schülerinnen und Schüler privater Mittelschulen und privater Vollzeitberufsschulen in den Bereichen kaufmännischer und paramedizinischer Berufe. Für sie würde das maximal anrechenbare Schul- oder Studiengeld von 9000 auf 6500 Franken herabgesetzt.

Zehn Prozent weniger zum Leben

Noch während die Vernehmlassung läuft, folgt die Sparmassnahme mit happigen weiteren Kürzungen. Ab 2014 sollen nochmals jährlich rund 1,8 Millionen Franken eingespart werden. Für den grössten Teil der Stipendienbezüger würde dies eine zehnprozentige Kürzung der Beiträge bedeuten. Je nach Ausbildung sind das durchschnittlich 880 bis 1120 Franken weniger. «Die Lebenshaltungskosten können nicht mehr in jedem Fall gedeckt werden», kommentiert die Regierung ihre eigene Sparidee. Gibt es nun Proteste wie 2012, als die Uni-Studenten wegen der Studiengebühren ein paar medienwirksame Aktionen lancierten? Anfragen zeigen, dass es – zumindest bis Redaktionsschluss – für die Studierenden-Organisationen noch zu früh ist. Konkrete Stellungnahmen fehlen bisher.

«Bildungsstätten nicht ausbluten»

Der St.Galler Bildungschef Regierungsrat Stefan Kölliker zur inzwischen dritten Sparrunde an der Pädagogischen Hochschule St.Gallen. *von Peter Surber*

Herr Kölliker, die PH ist eine Erfolgsgeschichte: Sie zählt immer mehr Studierende. Aber zugleich gibt es immer weniger Mittel. Wird diese Situation mit der künftigen Globalbudgetierung nicht noch verschärft – eine Million Franken weniger, unabhängig von der Studierendenzahl, ab 2016?

Stefan Kölliker: Wir gehen davon aus, dass die mit der Globalbudgetierung verbundene Möglichkeit, in einem gewissen Rahmen auch eigene Reserven zu bilden, gute Möglichkeiten schafft, gewisse Engpässe über diesen Reservefonds ausgleichen zu können. Natürlich ist die Beschaffung von Drittmitteln und die Äufnung eines Reservefonds zur Risikoabdeckung im Bildungsbereich nicht so ohne weiteres zu schaffen, doch der fest zugesagte Finanzierungssockel gibt dann immerhin eine längerfristige Planungssicherheit für eine Hochschule. Wenn sie es schafft, innerhalb dieses Staatsbeitrags so verantwortungsvoll und unternehmerisch zu wirtschaften, dass immer auch für Weiterentwicklungen Geld reserviert werden kann, dann muss eine solche Hochschule auch in Sparzeiten nicht stagnieren. Für eine Bildungshochschule schädlich ist vielmehr ein System, in dem der vom Staat zur Verfügung gestellte Betrag von Jahr zu Jahr im Rahmen von verschiedenen Sparpaketen gesenkt wird. Die PHSG hat ja bisher mit dem Globalbudget insgesamt gute Erfahrungen gemacht. Im Moment leidet sie eher unter dem ständigen Spardruck von drei aufeinanderfolgenden Sparpaketen, der zu unvorhergesehenen Kürzungen führen kann.

Der Spardruck schafft bereits jetzt massive Probleme. Stichworte: 31er- statt 28er-Lerngruppen, mehr Vorlesungs- und weniger Seminarunterricht, Streichung von Freifächern im gestalterischen Bereich oder von Blockwochen, Werkstätten, die zu klein sind für so grosse Klassen ... Besteht nicht die Gefahr, dass dadurch wesentliche Aspekte der Persönlichkeitsbildung zu kurz kommen?

Natürlich ist gerade auch für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung ein persönliches Betreuungsverhältnis zwischen Dozierenden und Studierenden ein grosser Vorteil. Mit den ersten beiden Sparpaketen konnten die fehlenden Millionen tatsächlich zum Teil nur durch grössere Lerngruppen und durch den hoffentlich nur temporären Wegfall von Freifächern und von Blockwochen kompensiert werden. Damit ist die Attraktivität gewisser Fachbereiche beeinträchtigt worden, obwohl darauf geachtet wurde, dass die Qualität

der Grundausbildung möglichst nicht tangiert wird. Die Reduktion der Mittel hat im Studiengang Kindergarten und Primarschule Lerngruppen von 27 bis 30 Studierenden geführt, was schon aufgrund der räumlichen Gegebenheiten an Grenzen stiess. Die Freifachstunden im Instrumentalunterricht zu streichen schmerzt, ist es doch nicht einfach, nur mit den Pflichtstunden alle Studierenden zu einer Grundkompetenz in der Liedbegleitung zu bringen. In den berufspraktischen Ausbildungsbereichen sind bisher keine einschneidenden Kürzungen gemacht worden, so dass die praktische Vorbereitung auf den Beruf und die persönlichkeitsbildenden Aspekte nicht tangiert wurden. Wir sind uns bewusst, dass die massiven finanziellen Kürzungen der letzten Jahre nur dank der grossen Kooperationsbereitschaft der Dozierenden und der Studierenden unter Schonung der hohen Qualität der st.gallischen Lehrerbildung vollzogen werden konnten. Und wir sind uns auch bewusst, dass ein Erfolgsmodell mit ständig hohen Anmeldezahlen nicht durch zu rigoroses Sparen gefährdet werden soll. Gerade aus diesem Grund beantragt die Regierung die Einführung mehrjähriger Leistungsvereinbarungen mit verbindlichen Staatsbeiträgen bei gleichzeitiger Erhöhung der Autonomie der Pädagogischen Hochschule St.Gallen.

Laut Botschaft zum Entlastungsprogramm ist die PH (wie auch die HSG) aufgefordert, «Effizienz und Effektivität» zu steigern. Die Botschaft gesteht aber zu, dass eine Verschlechterung der Lehr- und Betreuungssituation droht. Wie beurteilen Sie dies? Und was heisst «Effizienz und Effektivität» in einer Bildungsinstitution?

Es wäre ein Schildbürgerstreich, ausgerechnet die Bildungsstätten, die den Kanton St.Gallen als Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnort attraktiv machen, durch fortdauernde Sparübungen auszubluten. Die Regierung strebt daher eine Lösung mit mehr Konstanz im Staatsbeitrag an. Das Prinzip von mehr Effizienz und Effektivität hat an der PHSG zum Beispiel dazu geführt, dass sie ihre nutzenorientierte Forschung ausschliesslich in Kooperation mit anderen Hochschulen durchführt, was die Zahl der Projekte bei weitgehend gleichbleibenden Kosten wesentlich erhöht hat. Oder es werden Masterprogramme in Kooperation mit anderen Hochschulen grenzüberschreitend angeboten; dadurch konnten die Kosten wesentlich gesenkt werden. Wir möchten natürlich auch die hohe Kooperations- und Entwicklungsbereitschaft der Dozierenden und übrigen Mitarbeitenden der Pädagogischen Hochschule St.Gallen, die trotz der Sparphasen immer noch besteht, nicht überstrapazieren. Es ist uns bewusst, dass Hochschulen im harten Wettbewerb nur bestehen können, wenn sie die notwendigen Mittel erhalten und die zuständigen Organe diese Mittel zu einem guten Teil auch für die Umsetzung zukunftsgerichteter Strategien frei einsetzen können. Dies ist auch der Grund, warum die Regierung den Hochschulen noch mehr Autonomie und Handlungsfreiheit gewähren will.